

Kein Ausbau in Waakhausen

Schießplatz-Betreiber unter Druck

Kreisbehörde bekräftigt ihr Nein zu geplanter Erweiterung in Waakhausen und pocht auf Sanierungskonzept

-Kein Skeet- und Schrotschießen sowie begrenzte Schusszahlen am Kugelstand: Der Betrieb der Waakhauser Anlage bleibt eingeschränkt-

Bernhard Komesker

Landkreis Osterholz. Geschäftsführer Gerhard Schorner hatte es im Januar angekündigt: Ohne die Genehmigung zum Bau einer Schießhalle könne seine „Schiessanlage Waakhausen GmbH“ die Sanierung des schadstoffbelasteten Geländes nicht finanzieren. Nachdem die Gemeinde Worswede seine Voranfrage im Mai förmlich abgelehnt hat (wir berichteten), gab es am Dienstag eine weitere Unterredung im Osterholzer Kreishaus, über die Dezernent Dominik Vinbruck am Mittwochnachmittag den Umweltausschuss informierte. Demnach habe Schorner seine Aussage vom Jahresbeginn bekräftigt und erklärt, er wolle in den nächsten Wochen einen letzten Versuch unternehmen, die Worsweder Kommunalpolitiker umzustimmen.

Der Schießplatz-Betreiber steht unter wachsendem Druck: Wie Vinbruck mitteilte, habe Schorner bei der Kreisbehörde bisher kein Konzept zur Sanierung der Kugelstände eingereicht. Die Waakhauser GmbH prüfe die Planung selbst noch, habe es geheißen. „Wenn uns das Konzept bis 30. Juni nicht vorliegt, wird es Geld kosten“, kündigte der Dezernent an. Vorgelegt habe die Gesellschaft hingegen ein Konzept, wie das Sicherungsbauwerk saniert werden kann, das 2006/07 aus kontaminiertem Erdreich des Schießplatzes angelegt wurde. Diese mit Folien abgedichtete „Wurst“ steht auf moorigem Untergrund. Sie ist mittlerweile verrutscht, und es hat sich allerhand kontaminiertes Stauwasser angesammelt.

Rund 3000 Kubikmeter müssten abgepumpt werden, hat die Gutachter-Firma Umtec ermittelt. Es sei aber weder sinnvoll noch nötig, damit umgehend zu beginnen, denn der Erdwall könne so oder so nicht in seiner jetzigen Form bestehen bleiben, erklärte Vinbruck. Landes- und Kreisbehörde prüfen nach seinen Worten nun die Umtec-Untersuchung zu Dichtigkeit und Druckentlastung des Erdwalls. Die Betreiber hatten die Studie am 30. April, dem letzten Tag der gesetzten Frist, im Kreishaus eingereicht.

Gemeinde-Votum liegt vor

Zugleich habe die Verwaltung auch weiter ein Auge auf die Belastung der Entwässerungsgräben. „Wir werden das bisherige Gewässermonitoring fortsetzen“, kündigte Vinbruck an. So seien für diesen Monat sowie die beiden kommenden Quartale weitere Schadstoffmessungen vorgesehen. Die Verwaltung habe ihrerseits die Umtec-Gutachter damit beauftragt, unter anderem Wasser- und Sedimentproben aus dem Viehlander Graben zu entnehmen. Die aktuelle Blei-Konzentration betrage ein Zehntel bis ein Hundertstel des Orientierungswertes, der für eine Viehtränke gilt. Auch der zehnmal strengere Trinkwasser-

Grenzwert werde momentan zumindest nicht überschritten. Wie im Vorjahr sei für Anfang Juli zudem eine Anwohnerinformation geplant.

In der Unterredung sei dem Schießplatz-Betreiber gegenüber verdeutlicht worden, dass der von ihm gewünschte Bau einer Raumschießanlage „bauplanungsrechtlich unzulässig“ sei, was Politik und Verwaltung der Gemeinde Worpsswede zuletzt ja schriftlich bekräftigt hatten. Geprüft werde zurzeit noch die von der Betreiber-GmbH beantragte Erhöhung der zulässigen Schusszahlen am Kugelstand. An eine Rückkehr zum Betrieb, wie er bis 2019 üblich war, glaubt Vinbruck aber nicht. Während der Betrieb der Kugelschießanlage wohl „dauerhaft beschränkt“ bleiben werde, komme eine Wiedereinrichtung der einstweilen stillgelegten Schrotschießanlage nicht in Betracht.

Der Betreiber habe zwar eine Verlängerung der Erlaubnis nach der Bundesimmissionsschutzverordnung beantragt, aber: „Der Landkreis geht nach überschlüssiger Prüfung davon aus, dass der Verlängerungsantrag nicht genehmigungsfähig ist, weil ein wichtiger Grund im Sinne des Gesetzes nicht vorliegt.“ Nach Vinbrucks Verständnis steht die gesamte Anlage damit ab Juli betriebswirtschaftlich zur Disposition. „Das wurde von der Betreiberin jetzt auch so geäußert.“ Die Kreisbehörde sei davon unbeeindruckt: Nötigenfalls werde der Landkreis die Sanierungsmaßnahmen „mit entsprechenden Zwangsmitteln begleiten“.

Damit würde ein Szenario näher rücken, vor dem die CDU Worpsswede bereits im Frühjahr gewarnt hat. Die Christdemokraten hatten – letztlich vergebens – dafür plädiert, eine Entwicklung der Anlage zu ermöglichen. Dies wäre das kleinere Übel, hatte der Fraktionschef und Kreistagsabgeordnete Heiko Pankoke argumentiert. „Ist der Betrieb nicht ausreichend auskömmlich, wird am Ende nur eine Insolvenz in Frage kommen.“ Verursacher der Bleibelastung aus früheren Jahren könnten vom Landkreis „wohl eher schwer in Haftung genommen werden“, so Pankokes Vermutung. Sollte er damit Recht behalten, bliebe die Sanierung des verseuchten Geländes am Landkreis hängen.

ZUR SACHE

Schützenhilfe aus Scharmbeck

Marco Gevatter, FDP-Ratsherr aus Osterholz-Scharmbeck, kämpft für den Erhalt des Waakhauser Schießplatz-Geländes. Der Personenschützer und Kampfsportler ("Trouble-Shooter Germany", "Budo-Sportler mit Herz") hat sich als psychologischer Berater, Fachsportpädagoge und FDP-Politiker auf der Facebook-Seite der "Bürgerinitiative für die Sanierung und Erhalt des Schießstands Waakhausen" geäußert. Darin kritisiert Gevatter massiv die Worpssweder Kommunalpolitiker von SPD, Grünen, Linken und UWG. Deren Nein zum Bau einer Schießhalle in Waakhausen sei realitätsfremd und haltlos. Schießsport diene dem Stressabbau und trage gerade auch bei jungen Menschen zur Verbesserung des Selbstwertgefühls und der Sozialkompetenz bei, schreibt Gevatter: "Schießsport ist eine Fokussierung auf das Hara – das Energiefeld, die innere Mitte des Körpers und des Geistes. Konzentration und Ruhe für das Ziel. Ein Treffer auf der Zielscheibe ist das Symbol für ein Erfolgserlebnis, welches man durch viel Übung und Ausdauer erlangt hat. Das positive Erlebnis ist ein Glücksgefühl, welches einen positiven Reiz auf den Körper auslöst." Seine Stellungnahme, in der es auch um Arbeitsplätze und freies Unternehmertum geht, sei älteren Datums, schreibt der FDP-Mann, der es 2016 als Kandidat der Bürgerfraktion nicht in den Stadtrat geschafft hatte. Öffentlich gepostet hat er seinen Beitrag am Tag nach dem Amoklauf an der Grundschule im texanischen Uvalde; der 18-jährige Täter erschoss dort 21 Menschen, darunter 19 Grundschüler, bevor er von Sicherheitskräften getötet wurde.